

„Intransparent“ und „undemokratisch“

TTIP Peter Wahl warnt vor möglichen Folgen des Freihandelsabkommens zwischen Europa und USA / Konsequenzen für Kommunen

GIESSEN (cz). Das Freihandelsabkommen TTIP wird derzeit in der Bevölkerung und auch innerhalb der Parteien kontrovers diskutiert. Während Bundeswirtschaftsminister und SPD-Chef Sigmar Gabriel die Verhandlungen befürwortet, sieht es an der Basis weitaus differenzierter aus. Das wurde auch bei der Veranstaltung „Freihandelsabkommen – TTIP zwischen EU und USA“ in der Kongresshalle vor gut 70 Zuhörern deutlich. Eingeladen hatte die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, der SPD-Unterbezirk Gießen, die „AG 60plus“ und die Jungsozialisten.

Die Verhandlungen seien „im höchsten Maße intransparent“, bemängelte Peter Wahl, Mitarbeiter von „World Economy, Ecology, Development“ (WEED) und Mitbegründer von Attac Deutschland. Obendrein werde der Einfluss der Wirtschaftslobby deutlich erhöht. Als Investors problematisch erachtet er das Investor-Staat-Klageverfahren (ISDS). Dabei hätten Unternehmen das Recht, Staaten zu verklagen. Entscheiden würden wiederum Schiedsgerichte, die außerhalb des jeweiligen Rechtssystems stünden, deren

Urteile jedoch bindend seien und ohne Berufungsmöglichkeit. „Das ist höchst undemokratisch.“

Die Interessen der USA seien klar, zumal es ähnliche Abkommen mit den Staaten Ostasiens und der Pazifikregion geschlossen worden seien. Das Ziel: China außen vor zu lassen. Das solle nun durch TTIP auch mit Russland gemacht werden. Die Verlierer dieser Entwicklung seien die Entwicklungsländer und Schwellenländer. Zugleich sei „eine solche Blockbildung wenig friedensstiftend“.

Kniefall vor Konzernen?

Nach seinem Vortrag diskutierte Wahl mit Landrätin Anita Schneider und Matthias Körner, Regionsgeschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbund in Mittelhessen. Es ging um die Fragen „Faire Partnerschaft oder Kniefall vor den Konzernen?“ sowie „Droht eine Beeinträchtigung unserer sozialen, arbeitsrechtlichen und natürlichen Grundlagen?“ Vor allem letzteres beantworteten alle mit einem eindeutigen „Ja“. Schnei-



Peter Wahl empfiehlt, Druck auf die Verantwortlichen auszuüben und TTIP zu „verwässern“ oder platzen zu lassen. Foto: Czernek

der wies beispielsweise auf die möglichen Folgen und Konsequenzen für die Kommunen hin. Sie forderte, die kommunale Daseinsvorsorge von den Marktzugangsverpflichtungen komplett herauszunehmen. Dazu werde ein „Positivisten-Ansatz“ benötigt. Das bedeute, dass die öffentlichen Dienstleis-

tungen insgesamt von dem Handelsabkommen nicht erfasst werden – es sei denn, sie werden ausdrücklich erwähnt. „Gerade im kommunalen Sektor wissen wir nicht, welche Anforderungen künftig an uns gestellt werden“, betonte die Landrätin. Als Beispiel nannte sie die Versorgung der Bevölkerung mit schnellem Internet. „Diese Entwicklung konnten wir vor zehn Jahren noch nicht sehen.“ Viele kommunale Aufgaben wären nicht mehr leistbar, da möglicherweise privatwirtschaftliche Interessen verletzt würden. Matthias Körner machte wiederum auf negative Auswirkungen für Arbeitnehmer aufmerksam.

Peter Wahl rief weiterhin Druck auf die Verantwortlichen auszuüben, damit der Vertrag entweder in den kritischen Bereichen „extrem verwässert“ und so für die deutschen Interessen vertretbar werde oder ihn noch platzen zu lassen. Gültigkeit erlangt der Kontrakt erst, wenn er von allen europäischen Parlamenten ratifiziert wird. Nach bisherigen Plänen gebe es nur die Optionen, zuzustimmen oder abzulehnen. An ein rasches Ergebnis glaube er aber ohnehin nicht.

Spfr Anz. 28.2.2015